

EDITORIAL

Claudia Fröhlich, Harald Schmid, Birgit Schwelling

25 Jahre europäische Wende

Das moderne Europa hat gleich mehrere, große Teile des Kontinents und darüber hinaus prägende politische Umbrüche erlebt – und oft erlitten. Die Französische Revolution, der Aufstieg des modernen Verfassungsstaates, der Erste Weltkrieg inklusive die darin wurzelnden Revolutionen, Stalinismus, Nationalsozialismus, Faschismus, Vernichtungs- und Weltkrieg, Völkerverschiebungen, Teilung des Kontinents durch den Kalten Krieg, die Entwicklung zur westeuropäischen EG – und die Wende des Jahres 1989, die sich nun zum 25. Mal jährt, haben Europas Weg in die und aus der Moderne umfassend bestimmt. Derlei epochale Einschnitte wälzen das Soziale, Ökonomische, Politische und Kulturelle der betreffenden Gesellschaften um. Die Tiefe des Einschnitts in gesellschaftliche Strukturen war dabei stets auch ein Maß für die Prägung der Erinnerungen und Gedächtnisse.

So wie die Jahreszahlen 1789, 1914/17/18, 1933 und 1945 zu weltgeschichtlichen Symbolen geronnen sind, hat auch 1989 längst diesen Status angenommen. Aus der Sicht der unruhigen Jahre 2013 und 2014 muss freilich noch unklar bleiben, ob die verbreitete Deutung von 1989/91 als das Ende des Kalten Krieges und Sieg des westlichen Demokratie- und Gesellschaftsmodells nur dem großen historischen Moment geschuldet war oder womöglich zutreffender als eine Atempause mit anschließender Neudefinition westlicher und östlicher Machtsphären zu verstehen ist. Das von manchen als europäisches Wunder etikettierte Jahr 1989 haben jedenfalls die zuvor unterdrückten Länder des vormaligen sowjetischen Machtbereichs nahezu ungeteilt als Jahr der Wiederkehr der Freiheit begriffen. Gewiss, die Befreiung von sozialistischer Einheitsdiktatur, Geheimpolizei und sowjetischem Einfluss verlief in den einzelnen Gesellschaften unterschiedlich, aber am Ende stand die Abschüttelung staatlichen Terrors, der jahrzehntelangen politischen Verfolgung und Repression, persönlichen Bevormundung und ökonomischen Gängelung. Diese Emanzipationsgeschichte war in großen Teilen das Ergebnis mutigen öffentlichen Engagements und Aufbegehrens gegen die zuvor scheinbar allmächtige Staatsmacht. *Conditio sine qua non* freilich war die von Michail Gorbatschow negierte Breschnew-Doktrin und der innere, zumal ökonomische Zerfall der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten. Der Verzicht auf militärische Intervention, die bis dato alle Aufstände in Ost- und Ostmitteleuropa zunichte gemacht hatte, öffne-

te den Freiheitsbewegungen in Polen, der DDR, in Rumänien, Bulgarien, Ungarn der Tschechoslowakei und in den baltischen Staaten das entscheidende Tor.

1989 steht für die Wiedervereinigung Europas im Zeichen freiheitlich demokratischer, marktliberaler Gesellschaften. Aber es wäre Geschichtsklitterung, dieses Datum und vor allem die darauf folgenden Jahre nur positiv zu zeichnen. Die radikalen gesellschaftlichen Transformationen, die den demokratischen Freiheitsbewegungen folgten, haben nicht nur Diktaturen gestürzt und ihre Eliten – zumindest zeitweise – entmachtet, sondern auch Biografien entwurzelt, Lebensentwürfe zunichte gemacht, selbstverständlichen Orientierungen den Boden entzogen und soziale Spaltungen provoziert.

Diese so durchaus ambivalente Wende hat seither auch die europäische Gedächtnislandkarte durcheinandergewürfelt. „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“¹ – Willy Brandts vielzitiertes Diktum vom November 1989 war auf Deutschland bezogen; doch weil mit dem Ende der deutschen Teilung auch die Teilung Europas an ihr Ende gekommen war, war damit auch der europäische und welthistorische Epochenbruch bezeichnet. Doch heute zeigt sich deutlicher als vor 25 Jahren: Was jahrzehntelang politisch-ideologisch getrennt und gespalten war, fügte sich erinnerungskulturell nicht einfach zusammen, sondern spiegelte die zentralen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts in scharfen Kontrasten. Nationalsozialismus- und Holocaust-Fokussierung Westeuropas sahen sich konfrontiert mit der weitaus längeren und noch nahen Erfahrung von Stalinismus, Gulag und Geheimpolizei. Die osteuropäische Wende zu westlich geprägten Staats- und Gesellschaftsformationen begleitete ein zunächst eher untergründiger geschichts- und identitätspolitischer Gegensatz, der insbesondere nach der Osterweiterung der EU von 2004 in einem offenen Gedächtniskonflikt kulminierte.

Diese, von der Forschung inzwischen als *clash of cultures of remembrance* (Stefan Troebst) bezeichnete Auseinandersetzung schwelt seit 1989 und kam in den vergangenen Jahren bereits verschiedentlich zum Ausbruch. Auch das JPG hat das Thema aufgegriffen.² Die 25. kalendarische Wiederkehr des europäischen Umbruchs ist nun Anlass genug, im *Schwerpunkt* diesem Geschichtsbild- und Gedächtniskonflikt nachzugehen. Fragen politisch-kultureller Zugehörigkeit, gebrochener Erinnerung und der Suche nach gemeinsamen historischen Wurzeln sowie nach tragfähigen Umgangsformen mit divergierenden historischen Identitäten bilden einen Fokus des *Schwerpunkts*.

Zu dieser Ausgabe

Die damit angesprochene geschichtspolitische und erinnerungskulturelle Konfrontation, auch ein Konflikt um die kulturpolitische Hegemonie des ‚alten‘ und des

1 Vgl. Bernd Rother: Gilt das gesprochene Wort? Wann und wo sagte Willy Brandt „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“?, in: Deutschland Archiv 33 (2000) 1, S. 90–93.

2 Siehe die Beiträge von Katarzyna Stokłosa (Bd. 2, 2011), Elisabeth Kübler und Birgit Schwellung (beide Bd. 3, 2012) sowie Stefan Krankenhagen (Bd. 4, 2013).

„neuen“ Europas, ist ein Ausdruck unterschiedlicher, mithin konträrer historischer, identitätspolitischer und normativer Orientierungen. Kurzum, eine auch allgemeinpolitisch relevante Konstellation.

Gleichzeitig wird der Gegensatz aber auch als konstruktive Herausforderung zur Prägung einer gemeinsamen europäischen Identität aufgegriffen. So etwa in den Versuchen, ein Europäisches Museum aufzubauen, in dem die nationalen historischen Narrative mit Blick auf Europa zusammengeführt werden sollen.

Dabei sollte nicht übersehen werden, dass das Ende der europäischen Nachkriegsordnung von 1945/49 auch in Westeuropa erinnerungskulturelle und geschichtspolitische Folgen zeitigte – als Resultat nicht zuletzt des Generationenwechsels lösten sich Geschichtsbilder langsam sowohl von den Erlebnisgenerationen als auch von verfestigten nationalen Stereotypen. Mitunter von scharfen öffentlichen Auseinandersetzungen begleitet, öffneten die neuen Deutungsakteure die Erinnerungskulturen für pluralere und kritischere Sichtweisen. So geschehen beispielsweise in Frankreich, Spanien, Italien, Österreich und Skandinavien.

Wie schon während der Jahrzehnte der Blockkonfrontation kam Deutschland auch nach 1989 eine besondere Position zu: War das zuvor geteilte Land Schauplatz des direkten Aufeinandertreffens der beiden Blöcke, so ist Deutschland auch die einzige Gesellschaft, die sich nach der europäischen Wende mit beiden Großereignissen des 20. Jahrhunderts geschichts- und identitätspolitisch auseinandersetzen muss – der in den frühen 1990er-Jahren geprägte Begriff der „doppelten Vergangenheitsbewältigung“ ist nur auf das vereinigte Deutschland sinnvoll anzuwenden. Hier stießen die beiden weltpolitischen Blöcke auf- und aneinander, hier findet die parallele Aufarbeitung zweier Vergangenheitsschichten in gegenseitiger Reflexion – und mitunter Konkurrenz – statt.

Die *Schwerpunkt*-Beiträge dieser Ausgabe reflektieren maßgebliche Aspekte dieser vielschichtigen europäischen Problemlage. Stefan Troebst verfolgt in seinem einführenden Beitrag „Gemeinschaftsbildung durch Geschichtspolitik?“ in einem Längsschnitt die Ansätze der Europäischen Union und ihrer Vorläufer, mittels Erinnerung und Geschichte die Identität ihrer Bürgerschaft zu prägen. In den Mittelpunkt rückt der Autor die Entwicklung von Geschichte als „identifikatorischem Referenzrahmen“ auf institutioneller europäischer Ebene und fragt nach der gemeinschaftsbildenden Funktion von Geschichtspolitik. Sein Befund verweist auf die gewachsene Bedeutung dieses Politikfelds, aber auch auf die immer noch nachgeordnete Relevanz desselben. Er schließt mit einer gewissen Skepsis gegenüber der Chance transnationaler Akteure, mit geschichtspolitischen Mitteln Kollektividentität zu stiften. Immerhin, so Troebst, habe sich die Politik inzwischen diskursiver und multiperspektivischer entwickelt.

Daran schließt unmittelbar der Beitrag Arnd Bauerkämpers an. Er diskutiert am Beispiel der Erinnerungen an den Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg, den NS-Genozid und die stalinistische Verbrechen die Möglichkeit einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur. Ein einheitliches Gedächtnis, so Bauerkämpfer, habe sich in Europa seit 1945 nicht herausgebildet. Stattdessen sei die Erinnerung an die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts plural und umstritten geblieben. Er argumentiert deshalb für eine differenzierte Betrachtungsweise

der europäischen Erinnerungslandschaft, um insbesondere räumliche, zeitliche und generationelle Differenzen herauszuarbeiten und das Erinnern als offenen und relationalen Prozess zu verstehen. Er verweist darauf, dass die verstärkte Präferenz für ein universalistisches Opfergedächtnis auch in Westeuropa nationale Gedächtnisregimes verändert habe, ohne diese zu ersetzen; vielmehr seien sie „mit dem Bezug auf Menschenrechte durch eine selbstkritische ‚dünne‘ Erinnerungskultur überlagert worden“.

Mit erinnerungskulturellen Asymmetrien setzt sich Harald Wydra auseinander. Grundlage seines Aufsatzes ist folgende These: „Um zu verstehen wie Europäer auf beiden Seiten des ehemaligen Eisernen Vorhangs erinnern, müssen die kollektiven Bedingungen erfasst werden, unter denen in diesen Gemeinschaften Orientierungsrahmen ‚vergessen‘ wurden.“ Er plädiert für eine „kritische Reflexion der Kodierung des kulturellen Gedächtnisses in Europa“. Während in (West-)Deutschland nach 1945 eine Art nationale Selbstvergessenheit bis hin zu einer Identifikation mit Opfern des Nationalsozialismus zu beobachten sei, habe das Vergessen in Ostmitteleuropa Ideen nationaler Selbstbestimmung und historischen Revisionismus befördert. Wydra kommt zu dem Schluss: „Vor dem ererbten Hintergrund des Vergessens von Orientierungsrahmen sind Parameter des kulturellen Gedächtnisses in Deutschland und in Ostmitteleuropa letztendlich unvereinbar.“

In gewisser Hinsicht stehen auch in Bettina Greiners Aufsatz solche Asymmetrien im Fokus, wenngleich etwas anders gelagert. Am Beispiel des öffentlichen Umgangs mit der Erinnerung an die sowjetischen Speziallager geht sie der Frage der Integration dieser Erinnerungsorte in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts nach. Sie widmet sich dem Wiederhall der Speziallager in der Erinnerungskultur des vereinten Deutschlands und fragt: „Warum entzieht sich dieses Kapitel deutscher Gewaltgeschichte seiner Verortung?“ Obgleich es offenkundig ein Potenzial der Geschichte der Speziallager zur „Streitgeschichte“ gibt, das insbesondere in der Frage einer adäquaten Gewichtung von Täter- und Opfergeschichte an Gedenkortern „doppelter Vergangenheit“ liegt, fanden die entsprechenden Erinnerungsorte kein öffentliches Interesse. Anhand einzelner Beispiele zeigt sie zugrundeliegende Konflikte um diese Orte auf. Greiner kritisiert so ein Missverhältnis von gegenwärtiger Erinnerung und Vergangenheit.

Welche Stellung nehmen postsozialistische Museen zum Zweiten Weltkrieg im Kontext der Europäisierung der Erinnerung ein? Ljiljana Radonic untersucht in ihrem *Schwerpunkt*-Beitrag, „wie ‚doppelte‘ Okkupation und der Holocaust, Opfernarrative und Kollaboration in den jeweiligen Ländern verhandelt werden und welche Auswirkungen die EU-Beitrittsbemühungen darauf hatten“. Sie vergleicht hierzu Ausstellungen und Museumskataloge großer staatlicher Museen miteinander. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass ein Teil der Museen für das eigene, anti-kommunistische Opfernarrativ bedrohlich erscheinende Aspekte des Nationalsozialismus einzudämmen bestrebt sei, während in anderen Museen die ‚Anrufung‘ Europas und die ‚Europäisierung des Holocaust‘ vorherrsche.

Die Terroranschläge des 11. September 2001 haben sich tief ins kollektive Gedächtnis eingeschrieben. Dass dieses globale Medienereignis auch außerhalb der USA erinnerungskulturelle Spuren hinterlassen hat, kann Erika Doss in der

Rubrik *Atelier & Galerie* mit ihrem Beitrag „Transnational 9/11 Memorials: American Exceptionalism and Global Memories of Terrorism“ zeigen. Über 50 Gedenkorte wurden in Ländern von Australien bis Spanien eingerichtet. Die Autorin fragt nach der Bedeutung des Faktums, dass andere Nationen fortgesetzt an die Terroranschläge erinnern, obwohl diese doch in den USA geschahen. Damit ist auch die Frage verbunden, was dieser Umstand über die Globalisierung der nord-amerikanischen politischen Kultur aussagt. Doss sieht hierin einen Indikator für die politisch-kulturelle Reichweite des US-Imperiums.

Bianca Roitsch und Anette Blaschke stellen in ihrem Aufsatz Amateurfotografien westdeutscher Zollbeamter der deutsch-deutschen Grenze in ihrer erinnerungskulturellen Bedeutung vor. Ausgehend von einer Analyse des „Dokumentensinns“ der Fotos, formulieren die Autorinnen die These, dass eine „Gegenüberstellung“ der Fotos von der „alltäglichen Praxis an der innerdeutschen Grenze“ mit „Bildikonen“ bisherige historische „Meistererzählungen in Frage stellen oder zumindest ergänzen“ können. Daneben beschreiben sie die Bedeutung der Fotos westdeutscher Zollbeamter für autobiografische erinnerungskulturelle Konstruktionen.

Erinnerungskulturell betrachtet sind Fotografien ebenso wie Denkmäler und Mahnmale Teil der öffentlichen Argumentation mit Geschichte. Dieses rhetorische Grundmuster zählt zum Kernbestand jeder Geschichtspolitik, sei es unmittelbar sprachlich oder indirekt mit anderen Formen des Rückbezugs. Vor diesem Hintergrund befasst sich Manuel Becker aus geschichtspolitologischer Sicht mit dem in den 1970er-Jahren entstandenen Konzept „Geschichte als Argument“. Er rekapituliert die geschichtsdidaktische und -wissenschaftliche Genese des Ansatzes sowie dessen Rezeption, um dann darauf aufbauend einen „neuen Ansatz“ zu entwickeln. Sein vorgeschlagenes Analyseraster eines „zweistufigen Verfahrens für wissenschaftliche Untersuchungen zur Geschichte als Argument“ ist auf praktische Kontexte bezogen, indem er der Politikwissenschaft damit ein Mittel an die Hand geben möchte, um die in der Politik oftmals eingesetzte geschichtspolitische Rhetorik professionell zu analysieren.

Das *Aktuelle Forum* eröffnen wir in dieser Ausgabe des JPG mit der Abschiedsvorlesung von Peter Steinbach, gehalten im September 2013 an der Universität Mannheim. Wir sind besonders glücklich, diesen Text präsentieren zu können, und zwar aus zwei Gründen: Peter Steinbach ist hierzulande einer, wenn nicht *der* maßgebliche Historiker und Politikwissenschaftler, der den Forschungs- und Arbeitszusammenhang von ‚Politik und Geschichte‘ durch seine Forschungsarbeit entfaltet und geprägt sowie vielfach und kontinuierlich gefördert – und eingefördert hat. Das JPG und der dem Jahrbuch eng verbundene, 1997 von Steinbach zusammen mit Peter Reichel und Edgar Wolfrum ins Leben gerufene Arbeitskreis „Politik und Geschichte“ in der *Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft*, verdanken ihm wichtige konzeptionelle Impulse und eine engagierte Unterstützung. Eindrucksvoll entwickelt Steinbach – zweitens – die Überzeugung von der historischen Politikforschung in seiner Vorlesung unter dem Titel „Kein Abgesang! Historische Grundlagen der Politik“. Er zeigt, welche Bedeutung die „historische Dimensionierung“ für politisches Handeln hat; disziplinär

plädiert er mit Nachdruck gegen die isolierende Verengung und für die Verschränkung von Geschichts- und Sozialwissenschaften. Die „doppelte Abwendung“ beider Wissenschaftszweige voneinander, besonders die Entfernung der deutschen Politikwissenschaft von historischen Fragestellungen, markiert er als bedenkliche Entwicklung – die einst als „Laboratorium des Sozialwissenschaftlers“ verstandene Geschichte sieht er als „zunehmend verwaist“. „Genügt es heute wirklich“, fragt Steinbach, „wie ein verkürztes Verständnis der empirischen Politikwissenschaft behauptet, die Gegenwart präzise zu vermessen, demoskopisch zu bestimmen, sie quantitativ zu beschreiben?“ Er erinnert die Historiker/innen ebenso wie die Sozialwissenschaftler/innen an die Notwendigkeit, sich jeweils gegenseitig zu rezipieren, systematisch zu berücksichtigen – als Korrektiv- und Präzisierungswissenschaften. Steinbach schließt seine Vorlesung mit der „Vision“ einer Aufhebung der Trennung von Geschichts- und Sozial-/Politikwissenschaft zugunsten des Nachweises der „Relevanz der Fächer für den öffentlichen Diskurs und das kritische Verständnis politischer Kommunikationsstrategien“. In diesem Sinne freuen wir uns doppelt, mit seinem konzeptionellen Beitrag gleichsam einen Steinwurf ins Wasser zweier Disziplinen vorstellen zu können, der besondere Aufmerksamkeit verdient.

Uwe Bader breitet im zweiten Beitrag dieser Rubrik ein – nicht nur – lokales Problem der Erinnerungskultur aus. Er schildert aus der Sicht der *Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz* den Umgang mit der Erinnerung an die Rheinwiesentaler Lager. Der Begriff steht für die Kriegsgefangenenlager, die die westlichen Alliierten nach der Befreiung Südwestdeutschlands für Soldaten der Wehrmacht eingerichtet hatten und die größtenteils nur wenige Monate existierten. Aufgrund der teil- und zeitweise katastrophal schlechten Versorgung der Soldaten starben mehrere tausend, vielleicht zehntausende Soldaten. Bader zeichnet nach, wie die historisch-politische Bildungsarbeit in Gang kam, nachdem rechtsextreme Gruppen zunehmend das Gedenken der deutschen Soldatenopfer in diesen Lagern in ihre Mobilisierung und Propaganda integrierten. Baders Bericht verweist auf die Bedeutung unaufgeregter, faktenorientierter zeitgeschichtlicher Aufklärung – eine vorrangige Aufgabe jeder Erinnerungskultur.

Die JPG-Rubrik *Fundstück* ist originellen Quellen und abseitig publizierten oder ‚vergessenen‘, wichtigen wissenschaftlichen Texten aus den Feldern von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur vorbehalten, auch aus der internationalen Forschung. In dieser Ausgabe stellen wir einen Aufsatz des US-amerikanischen Historikers Joe Perry vor: „The Madonna of Stalingrad: Mastering the (Christmas) Past and West German National Identity after World War II“. Darin untersucht Perry das nationalsozialistische „Kriegsweihnachten“ mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg und dessen zweite Geschichte nach 1945 als „Erinnerungsort“, wobei er die aus Stalingrad überlieferte Madonna-Zeichnung des evangelischen Pastors und Wehrmachtsoberarztes Kurt Reuber zum ‚roten Faden‘ seiner Argumentation macht. Der Text markiert einen Beitrag zu der Forschungsfrage nach den Konstruktionsmechanismen nationaler Identität und sozialer Erinnerung im Nachkriegsdeutschland. Perry argumentiert dabei auf vier Ebenen: Weihnachten und Militär in Deutschland, Wehrmacht, Stalingrad und die Madonna, Nachkriegsre-

zeption sowie nationale Identität, soziale Erinnerung. In dieser Verknüpfung, die die Gemeinschaftsbildung in der postnazistischen christlichen Erinnerungskultur Westdeutschlands aufzeigt, liegt die Originalität seines Aufsatzes begründet.

Dieser fünfte Band des JPG schließt mit dem *Forschungsbericht* von Volker Depkat. Der Autor stellt jüngere Publikationen aus dem Feld der Lebenslauf-, Biografie- und Autobiografieforschung vor. Die Veröffentlichungen aus Literatur- und Kulturwissenschaften, Soziologie und Genderstudies sowie Erziehungs- und Geschichtswissenschaften sichtet er auch mit Blick auf die Spannweite der unterschiedlichen Erkenntnisinteressen, ihrem Beitrag zur historischen Forschung und ihre erinnerungskulturelle Relevanz.

Vorschau auf Band 6

Im Herbst 2015 erscheint Band 6 des JPG. Thema des *Schwerpunktes* wird „Geschichtspolitik und Erinnerungskulturen global“ sein. Im Mittelpunkt stehen dabei weltweite Diffusionsprozesse von vergangenheitspolitischen Normen, die Arenen und Institutionen globaler geschichtspolitischer Praxen sowie das Verhältnis globaler und nationaler Erinnerungskulturen. Wir laden erneut Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ein, bei den Herausgeberinnen und Herausgebern des JPG Manuskripte einzureichen. Darüber hinaus präsentieren wir in der Rubrik *Atelier & Galerie* – unabhängig vom Themenschwerpunkt – neuere Forschungsergebnisse zur Erinnerungskultur und Geschichtspolitik.

Wir freuen uns über methodisch und inhaltlich innovative Beiträge. Die Manuskripte für beide Rubriken, für den *Schwerpunkt* ebenso wie für *Atelier & Galerie*, werden mittels Board Review und Double Blind Peer Review begutachtet.

Dank

Herausgeber/innen sind nichts ohne ihre Autorinnen und Autoren. Deshalb gebührt auch in dieser Ausgabe unser erster Dank allen mitwirkenden Kolleginnen und Kollegen, die mit ihren Beiträgen diesem JPG-Band Weite, ‚Farbe‘ und Tiefe verleihen. Dazu haben auch unsere Gutachter/innen mit Stellungnahmen zu den Aufsätzen der Rubriken *Schwerpunkt* sowie *Atelier & Galerie* einen wichtigen Teil beigesteuert. An diesem Band haben folgende Gutachter/innen mitgearbeitet: Katrin Boeckh, Frank Bösch, Cornelia Brink, Christoph Classen, Jens Gieseke, Irene Götz, Horst-Alfred Heinrich, Michael Kohlstruck, Ludwig Steindorff, Martina Thomsen und Edgar Wolfrum. Auch ihnen danken wir sehr herzlich. Für muttersprachliche Unterstützung geht ein besonderer Dank an Bill Niven.

Dem Franz-Steiner-Verlag danken wir wieder für die stets hilfsbereite Begleitung des Jahrbuchs. Unser besonderer Dank gilt Verlagsleiter Thomas Schaber, der das JPG und dessen Weiterentwicklung immer engagiert und konstruktiv unterstützt.